

Landesregierung lässt Pößnecker Zins-Vorsorge kippen



Constanze Truschzinski (Mitte), hier bei einer Demo gegen Nazis, hat den Stein ins Rollen gebracht, der letztlich den Pößnecker Haushalt veränderte.

Der Pößnecker Haushalt 2011 hat in den vergangenen Wochen die Landesregierung beschäftigt. Grund war, dass die Stadt mit dem mehrheitlichen Segen des Stadtrates vom 9. Dezember ein so genanntes Forward-Darlehen für die Jahre 2012 und 2013 in den Etat aufgenommen hatte.

Pößneck. Mit einem Forward-Darlehen sichert man sich zu aktuellen Konditionen einen Kredit in der Zukunft. Die Stadt Pößneck wollte sich mit diesem Finanzinstrument in den nächsten zwei Jahren bis zu 4,7 Millionen Euro reservieren, und zwar zu den jetzigen historisch niedrigen Zinsen.

Solche Darlehen sind aber, weil grundsätzlich ein Risikogeschäft, umstritten. Ein gefundenes Fressen für Frank Kuschel, finanzpolitischer Experte der Linken im Thüringer Landtag, der das Pößnecker Vorhaben als kleine Anfrage bei der Landesregierung ins Gespräch brachte. Kuschel hatten nicht etwa die Linken aus dem Pößnecker Stadtrat alarmiert, schließlich hatten sie ja den Haushalt samt Forward-Darlehen gebilligt. Vielmehr war es die aus der Linken ausgeschlossene Stadträtin Constanze Truschzinski (SIP).

In der Bewertung des städtischen Vorhabens hielt sie sich kaum zurück. Von "dubiosen Zinsspekulationen mit Krediten auf Vorrat" sprach sie in einer Pressemitteilung, in einer anderen meinte sie: "Kommunen haben nicht die Aufgabe, die Finanzmärkte zu stärken." Diese Blumen hat die Stadt ein Stück weit dem Saale-Orla-Kreis zu verdanken. Der Pößnecker Haushalt samt Forward-Darlehen war nämlich mit der Rechtsaufsicht sauber vorabgestimmt.

Bald nach Kuschels Vorstoß in Erfurt folgte der Rückzieher aus Schleiz. Pößneck reagierte in der jüngsten Stadtratssitzung mit einem Beschluss über den Verzicht auf das Forward-Darlehen. "Die Rechtsaufsicht hat eingeräumt, dass sie sich in diesem Punkt geirrt hat", sagte Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler).

Ganz verboten sind solche Geschäfte allerdings nicht. Binnen eines Haushaltsjahres oder eines Doppelhaushaltes sind Forward-Darlehen erlaubt, bekam Kuschel von Innenminister Jörg Geibert (CDU) schriftlich. Nur so, wie es Pößneck wollte, geht es nicht.

Vielleicht nur noch nicht. Geibert schreibt auch: "Grundsätzlich kann der Abschluss von Forward-Darlehen sinnvoll sein."

Landrat Frank Roßner (SPD) erklärte: "Zinsmanagement ist eine kommunale Aufgabe. Was Pößneck machen wollte, ist eine sehr vernünftige Angelegenheit. Im berechtigten Kampf gegen Spekulanten geraten Dinge ins Fadenkreuz, die nicht dahin gehören." Pößneck sei die erste Kommune im Saale-Orla-Kreis gewesen, die über Forward-Darlehen ernsthaft nachgedacht hat.

Truschzinski fühlt sich im Recht und als Beschützerin der Stadtkasse. Modde hingegen sieht einen völlig überzogenen Ton und angesichts steigender Zinsen zusätzliche Kosten in fünfstelliger Höhe für die Stadt.

"Forward-Darlehen sind eine Möglichkeit, wirtschaftlich mit Steuergeldern umzugehen", ist Kämmerin Dr. Julia Dünkel überzeugt. Sie wundert sich ein bisschen über die strenge Regelung bei solchen Krediten, weil: "Es gibt nicht weniger anspruchsvolle Finanzierungsinstrumente, und die sind erlaubt."

Marius Koity / 02.02.11 / OTZ